Abend-Ausgabe

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 843. Mittwoch, 30. November. 1881.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 29. November. Der König hat den Forstmeister Dittmer zu Frankfurt a. O. zum Ober-Forstmeister und Mitdirigenten einer Regierungs-Abtheilung für Domänen und Forsten, sowie den Regierungs-Assessor Knappe in Hildesheim zum Regierungsrath ernannt, und dem Apotheker Dr. phil. Rüdiger zu Homburg vor der Höhe das Prädikat eines königl. Hof-Apothekers verliehen.

Dem Ober-Forstmeister Dittmer ist die durch Versetzung des Ober-Forstmeisters Mortzfeld erledigte Oberforstmeisterstelle bei der königl. Regierung zu Posen übertragen und der Forstmeister Schlieckmann zu Marienwerder auf die Forstmeisterstelle Frankfurt-Woldenberg zu Frankfurt a. O. versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung.

Berlin, 29. November, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst v. Bismarck, v. Boetticher, Scholz u. A.

Durch ein Schreiben des Reichskanzlers wird das Präsidium von der Einstellung des strafrechtlichen Verfahrens gegen die Abgeordneten Hasenclever und Kraecker für die Dauer der Session in Kenntniß gesetzt. Eingegangen ist eine Darlegung der Anordnungen, welche die preußische Regierung auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes getroffen hat.

Nachdem die allgemeine Rechnung für das Etatsjahr 1877/78, die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen für 1880/81 und die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1878/80 der Rechnungskommission überwiesen und durch Akklamation die Abgeordneten v. Bernuth, Kochhann (Ahrweiler) und v. Busse zu Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission und zur Verstärkung derselben die Abgeordneten Hermes (Parchim), von Bunsen und Meyer (Halle) gewählt worden, tritt das Haus in die zweite Berathung des Etats für 1882/83, zunächst des Spezialetats des Reichstags ein.

Abg. Rickert: Ueber den Ausfall der Reichstagswahlen ist uns von der offiziösen Presse und gestern von dem Herrn Reichskanzler eine Statistik mitgetheilt worden, die das wunderbare Ergebniß hat, daß aus der Wahlschlacht siegreich und mit dem erhabenen Gefühl der Anerkennung der Nation einzig und allein die Deutschkonservativen hervorgegangen seien. Im Drange der Geschäfte hat der Reichskanzler wohl die offiziösen Zahlen nicht geprüft und übersehen, daß die konservative Partei sich aus zwei Gruppen zusammensetzt, während er nicht übersehen hat, daß die liberale sich aus drei zusammensetzt. Vorbehaltlich näherer Belehrung bestreite ich die Authentizität dieser Zahlen, die nach der nachdrücklichen Erklärung des Reichskanzlers einen amtlichen Charakter haben sollen. Ich frage: wer hat diese Statistik aufgemacht und auf Grund welcher Mittheilungen? Ich bestreite ihre Richtigkeit. So ist in der Aufstellung im „Reichsanzeiger“ ein Freund aus meiner Nachbarschaft als konservativ bezeichnet, der entschieden der liberalen Partei angehört und dem Aehnliches. Der Reichskanzler sagte gestern, daß die Sezessionisten 370,000 Stimmen erhalten haben. Es sind aber 430,000 oder 450,000. Ich bezweifle auch, allerdings auf Grund nichtamtlichen Materials, daß die Deutschkonservativen 120,000 Stimmen gewonnen haben, denn es sind in diese Statistik Mitglieder der Reichspartei oder gar Liberale mit aufgenommen. Steht irgend etwas im Wege, daß diese amtliche Statistik im Reichstage, der dabei wesentlich interessirt ist, in den nächsten Tagen überwiesen wird? Unser Bureau würde dann die Möglichkeit einer Kontrole erhalten. Andernfalls bitte ich das Präsidium, daß aus unseren Wahlakten, wie es seit Jahren im preußischen Abgeordnetenhause üblich ist, eine amtliche Statistik aufgestellt werde, wenn die Herren wollen, sogar ohne Bezeichnung des Parteicharakters; wir werden dann diese Statistik selbst vornehmen und dann in authentischer Form. Die Wahlkommissare waren ja garnicht in der Lage, über die Parteistellung der Gewählten und der Wähler authentische Auskunft zu geben.

Staatssekretär v. Bötticher: Nach jeder Reichstagswahl ist bisher von dem statistischen Amt eine Wahlstatistik ausgefertigt und durch die offiziöse Presse veröffentlicht worden. Diese Statistik wird nach den amtlichen Berichten der Wahlkommissarien gemacht, die in diesem Jahre angewiesen waren, unmittelbar nach dem Ergebniß der Wahl die Zahlen dem statistischen Amte mitzutheilen, und auf Grund dieser Mittheilungen sind die Ergebnisse geworden, welche der Herr Reichskanzler gestern mitgetheilt hat; sie sind also durchaus amtlich. Nur bei einer sehr geringen Anzahl von Wahlbezirken lag eine offizielle Bestätigung der Nachrichten noch nicht vor — wenn ich nicht sehr irre, sind es sieben —; es ist also möglich, daß sich dadurch die angegebenen Zahlen nach dem offiziellen Ergebniß etwas korrigiren. Einen großen Einfluß werden sie entschieden nicht haben. Binnen wenigen Tagen werde ich dem Reichstag eine Uebersicht über die Wahlergebnisse geben können; wie sich aber das Stimmverhältniß gestaltet hat, wird wohl erst nach einigen Wochen durch das statistische Amt publizirt werden können. Ich glaube behaupten zu können, daß die jetzt gegebenen Zahlen schon die richtigen sind.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der vorletzte Herr Redner zog die Authentizität des „Reichsanzeigers“ in Zweifel: Das mag dahingestellt sein. Es handelt sich hier aber nicht um diese, sondern um die Authentizität der Angaben der Wahlkommissarien, resp. des statistischen Bureaus. Er sagte auch, daß die Sezessionisten über 400,000 Stimmen gehabt hätten und nicht 370,000. Ich bitte doch sich zu erinnern, daß ich schon gestern einmal gesagt habe: für die Details bis in die Einer hinein kann ich nicht einstehen, ich habe überhaupt runde Summen gegeben und außerdem ausdrücklich beantwortet, es handle sich um die Wahlen vom 27. Oktober. In den hundert Stichwahlen befindet sich aber der Wähler in einer Zwangslage, er kann nicht frei für den Mann seiner Wahl stimmen, er ist genöthigt für zwei zu stimmen, von denen ihm der Eine weniger als der Andere unlieb ist, aber vielleicht Beide unlieb. Die Stichwahlen fälschen deshalb das ursprüngliche Bild der Stimmung der Gesammtheit der Wähler, das nur aus der Wahl vom 27. Oktober entnommen werden kann, und über diese lautet die amtliche Ziffer, welche auf die Herren von der Partei des Herrn Redners gefallen ist, 370,000. Sie ist daher durch die Nothlage der Wähler in den Stichwahlen auf 420,000 gewachsen. Die habe ich auch vollständig. Das ist etwas ganz anderes, da hat eine Menge für die Sezessionisten gestimmt, weil diese Partei ihr noch vorzuziehen war im Vergleich zu der anderen, für die sie die Wahl hatte, aber durchaus nicht, weil sie von Hause aus dieser freihändlerischen Partei, wie ich sie nach meiner Auffassung einmal nennen will, zugethan wäre und für dieselbe gestimmt haben würde, wenn sie von Hause aus freie Wahl gehabt hätte. Ich würde Sie bitten, solche amtlichen Angaben nicht so ohne Weiteres anzuzweifeln und der Verifikation bedürftig hinzustellen. Sie haben mir im vorigen Jahre und in der Presse heftig vorgeworfen, wenn ich die Amtsführung in verschiedenen Städteverwaltungen hier kritisirt und angezweifelt habe; aber hier werden sofort die amtlichen Wahlkommissare, die ihrerseits amtliche Berichte erstattet haben, hingestellt, als ob ihre Nachrichten an und für sich verdächtig wären, und nicht so ohne weiteres angenommen werden könnten, als ob das statistische Bureau eine Tendenz hätte, die bei der Reichsstatistik nie vorgekommen ist, — bei anderen Statistiken mag dies allerdings der Fall gewesen sein. (Hört! hört! links.) In die Reichsstatistik hat sich diese Neigung nie eingeschlichen, und ich bitte daher bis auf weitere Feststellungen diese Angaben als amtliche anzunehmen und die amtlichen Leistungen bei der Reichsbehörde nicht in dieser Weise in Zweifel zu ziehen, ohne weitere Unterlagen dafür zu haben, als die Verdrießlichkeit über die Resultate der Wahlen. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Der Ausfall der Wahlen hat mir keine Verdrießlichkeiten verursacht, sie sind vielmehr für uns so überraschend günstig ausgefallen, daß ich am Tage der Wahl an das mir mitgetheilte Resultat nicht glauben wollte. Was meine Bemängelung der amtlichen Statistik betrifft, so läßt sich ja die Frage ganz einfach dadurch entscheiden, daß uns das statistische Material zur Kontrole vorgelegt wird; es wird sich dann ergeben, daß für uns am 27. Oktober 437,000 Stimmen abgegeben sind. Gegen die amtliche Statistik habe ich keineswegs Mißtrauen; ich wünsche nur, daß uns die Möglichkeit der Kontrole geboten werde.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich kann nur die Versicherung wiederholen, daß dieses Material dem Reichstag vorgelegt und alles darüber mitgetheilt werden wird, was wir haben. Ich ergreife nur nochmals das Wort, um den Herrn Vorredner und den Reichstag darauf aufmerksam zu machen, daß selbst diese kurz inzidentelle Debatte nicht vorübergehen kann, ohne daß sie benutzt wird, um gegen mich persönlich und gegen meinen politischen Charakter Insinuationen zu richten. (Widerspruch links.) Sie haben eben gehört, der Herr Vorredner hat mir vorgehalten, er gehöre im Vergleich mit mir nicht zu den Leuten, die ihre Ueberzeugung so rasch wechseln. Er hat gesagt, ich sei früher Freihändler gewesen. Er macht mir den Vorwurf, daß ich meine Ueberzeugung mit leichtfertiger Schnelligkeit wechselte: ist das etwa kein persönlicher Vorwurf? Weshalb diese unartikulirten Töne, womit Sie meine Beschwerden darüber begrüßten? Das ist höchst persönlich und meines Erachtens vollständig überflüssig. Es kommt nicht darauf an, was für eine Sorte Mensch ich bin, ob ich leichtfertig oder zuverlässig bin; es kommt darauf an, ob meine Vorlagen gut sind und richtig sind; die haben Sie zu prüfen. Ich muß aber seit 20 Jahren immer hören: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt“. — Nun, mag er Unsinn geredet haben, es fragt sich nur, ob seine Vorlage gut ist; eine sachliche Diskussion ist beinahe nie gewesen, immer nur eine Kritik meiner Person, mich in Widerspruch zu bringen mit meiner Vergangenheit. Ich könnte dem Herrn Vorredner darauf antworten: Delicta juventutis meae ne memineris! Denn es ist schon lange her. Ich habe schon öfter gesagt: ich bin die ersten 15 Jahre meiner ministeriellen Thätigkeit von der auswärtigen Politik absorbirt gewesen und habe es gar nicht für meinen Beruf gehalten, mich um die innere Politik des Reichs wesentlich zu bekümmern, auch nicht die Zeit dazu gehabt; ich habe angenommen, daß das in guten Händen sei. Nachher bin ich, da mir die Hände, die ich für gut hielt, abhanden kamen, genöthigt gewesen, mir die Sache selbst anzusehen, und habe gefunden, daß, wenn ich bis dahin in verba magistri geschworen hatte, die Thatsachen den Voraussetzungen nicht entsprochen, die unserer Gesetzgebung zu Grunde lagen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem seit 1865 eingeführten Freihandelssystem der Auszehrung verfielen (Sehr richtig! rechts), die durch das Blut des Zuflusses der 5 Milliarden-Kontribution einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es nothwendig sei hier eine Remedur eintreten zu lassen. Meine Herren, ich will Ihnen wünschen — Sie werden vielleicht einmal eine fortschrittliche Regierung haben —, daß Sie dann Staatsmänner haben, die nie mit sich selbst in Widerspruch getreten sind, auch wenn sie 20 Jahre weit zurückgreifen, und die mit einer übermenschlichen Sicherheit und Weisheit von Haus aus vor 20 Jahren schon erkannt haben, wie sie nach 20 Jahren über die Dinge denken würden. Das würden eben Leute sein, die mit ihrer Zeit nicht fortgeschritten sind, die aus ihrer Zeit nicht gelernt haben (Sehr richtig! rechts), wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß die Fortschrittspartei und die ihr nahe verwandte, für die ich immer die Bezeichnung vergesse, ihren Namen des Fortschritts mit Unrecht trägt. Die Reichspolitik schreitet fort, geht mit ihrer Zeit; die Fortschrittspartei würde eher den Namen Hemmschuhpartei verdienen (Heiterkeit), sie negirt, was die Regierung bringt und bringt ihrerseits nichts, weil sie nichts weiß. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Wieder dieselben allgemeinen Redensarten, wie vor den Wahlen! Wer übrigens diese nicht zur Sache gehörigen Momente in die Debatte geworfen hat, wird jeder Unbefangene leicht erkennen. Ohne die Intervention des Reichskanzlers wäre diese ganze Frage beim statistischen Büreau in aller Ruhe geschäftsmäßig diskutirt worden. Der Reichskanzler giebt selber zu, sich mit dieser Frage früher nicht eingehend beschäftigt zu haben. War dies auch der Fall, als er 1875 den Reichstag feierlich aufforderte, mit ihm zu gehen, um den Zolltarif auf wenige Artikel zurückzuführen und den Freihandel radikal zur Durchführung zu bringen? Hatte er damals in dieser Sache auch noch nichts gelernt? Hat er die Frage erst nach 1875 zu studiren angefangen? (Fürst Bismarck: Ja.) Nun, nachdem Sie nach so kurzem Studium zu so überraschend entgegengesetzten Ansichten gekommen sind, werden Sie vielleicht, wenn Sie weiter studiren, doch noch zu besseren Ansichten gelangen, und es scheint demnach nicht aussichtslos, von dem weniger gut informirten an den in der Zukunft besser zu informirenden Reichskanzler zu appelliren. Was die von dem Reichskanzler gestern verlesenen Wahlziffern betrifft, so interessiren hauptsächlich die daraus gezogenen Schlüsse. Das gebe ich zu, daß nicht die Stichwahl, sondern der erste Wahlgang maßgebend sein muß. Wollte man die Stichwahl gelten lassen, so würden viele Tausend Konservative als Sozialisten eingerechnet werden (Heiterkeit), die bekanntlich für diese gestimmt haben als die dem Reichskanzler näher stehende Partei (Heiterkeit). Heute machen die Blätter der Zentrumsfraktion darauf aufmerksam, wie mißlich es ist, von einem Wachsthum der Deutschkonservativen zu sprechen. Das Zentrum hat die Gutmüthigkeit gehabt, in vielen Wahlkreisen für die konservativen Kandidaten zu stimmen. Infolgedessen kommt der Reichskanzler zu dem Schlusse, daß diese Stimmen dem Zentrum als Verlust und den Deutschkonservativen als Gewinn in Rechnung zu stellen seien. Das kommt von der Gutmüthigkeit der Zentrumspartei (Heiterkeit). Der eigentliche Fehler in der Rechnung des Reichskanzlers liegt aber darin, daß er seiner besten Truppen, der Freikonservativen nicht gedacht hat. Er hat die Verwandtschaft beider Fraktionen einst selber betont, indem er sagte, dieselben unterschieden sich wie Füsiliere und Musketiere, nur durch das Lederzeug. Was würde man nun von einem General sagen, welcher sich freuen würde, daß seine Musketiere so wenig Verluste gehabt hätten, während seine Füsiliere fast ganz drauf gegangen seien? (Heiterkeit.) Da der Reichskanzler augenscheinlich seine Akten vor sich hat, so würde er uns verbinden, wenn er uns die Verlustziffer der Freikonservativen mittheilte.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich möchte zuvörderst, um auf meine Beschwerde von vorher zurückzukommen, an den Reichstag appelliren, ob in der eben gehörten Rede vom Anfang bis zum Ende — mit Ausnahme des Schlusses, will ich doch lieber sagen — etwas anderes, wie eine Kritik meiner Person und ausdrückliche Absehung von dem Sachlichen, von dem wir reden, vorhanden ist. Ich weiß wirklich gar nicht, wovon Sie reden werden, wenn ich plötzlich in einer Versenkung verschwinde (Heiterkeit), dann bietet die Diskussion kein Objektiv, der Kugelfang, zu dem ich gewissermaßen diene, wo Jeder seine üble Laune ablagert in persönlicher Kritik gegen mich, ist fort und die Herren werden dann genöthigt sein, auf einander Feuer zu geben, wenn Niemand mehr zwischen ihnen steht, während sie sich jetzt an die Person des Reichskanzlers halten dafür, daß er nicht gerade bei der Fraktion des Redners ist. Die Vertretung sachlicher Vorlagen, die sachliche Vertretung der eigenen Ansicht, der eigenen Pläne, kommt dabei ganz zu kurz, man hat über die positiven Ziele, zu denen die Fortschrittspartei schließlich hinauskommen will, bei dieser Gelegenheit niemals etwas erfahren; sie hat von Hause aus, wie es scheint, über keine Sache eine feste positive Meinung, über das Ziel, das sie auf diesem Gebiete verfolgt, sondern sie bildet sich eine Meinung erst, wenn sie gegen die Regierung kämpft und dann ist es die entgegengesetzte; wenn die Regierung ihre Meinung verschweigt, dann werden die Herren in einiger Verlegenheit sein, was für eine Meinung sie ihrerseits haben. Ich will nur konstatiren, daß auch diese Rede wieder vom Anfang bis zum Ende sich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt, und werde das konstatiren, so oft ich es wiederfinde, daß die Aufgabe der Redner darin besteht, blos wieder zu stehen auf der Basis, die mir seit 18 Jahren in der Stimme des Herrn Prof. Virchow vor den Ohren gegenwärtig ist: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt.“ Darauf basirt die ganze Rede. Nun gut! Sie werden unter Umständen einen Ministerpräsidenten oder einen Reichskanzler haben, der gar nichts sagt, und das wird vielleicht günstig sein, damit Sie sich weniger mit der Person beschäftigen. Ich habe ausdrücklich gesagt: 15 Jahre hat mich die auswärtige Politik absorbirt; die Ziffer des Jahres 1877, die ich genannt, habe ich aus Gründen, die mir bekannt sind, ausdrücklich als eine entscheidende betrachtet für meine diplomatische Aufgabe, aber auch als eine solche, wo mir die Noth des Landes, das Ausblasen aller Hochöfen, das Zurückgehen des Lebensstandes, der Industrie, der Arbeiter, das Darniederliegen aller Geschäfte so nahe trat, daß ich mich um diese Dinge bekümmern mußte. Wenn der Herr Vorredner meint, daß ich seit der Zeit, also in 4 Jahren, darüber nicht so sehr viel gelernt haben könnte, so muß ich das ja in meiner Bescheidenheit ihm gegenüber ebenso gut zugeben wie gestern dem Herrn Abgeordneten Lasker gegenüber, daß ich nicht die angeborene Sicherheit habe Alles von Hause aus zu wissen; aber mit vierjähriger ehrlicher Arbeit kann man, wenn man an der Spitze der Geschäfte steht, sich immer einige zutreffende Ansichten bilden, namentlich wenn man vorher fast lebenslang auch in der Mitte des praktischen Lebens gestanden hat, was von den Herren nicht gesagt werden kann, deren Lebensaufgabe es ist, ihre Meinung in Schrift und in der Presse und auf der Tribüne zwar zu vertreten, aber nicht dadurch, daß sie selbst im Volke leben, — ich verstehe darunter, daß sie selbst produzirend mitwirken, daß die Leiden und Freuden des produzirenden Volkes von ihnen mitempfunden werden. Dabei erkennt man noch mehr als aus der bloßen Büchergelehrsamkeit, was dem Volke fehlt. Der Herr Vorredner hat ferner den Wunsch ausgesprochen, die Ziffer der Freikonservativen zu kennen. Ich werde diesen Wunsch sofort erfüllen, berichtige aber doch zuerst die Tendenz meiner ganzen gestrigen Aeußerung. Daß die Deutschkonservativen gewonnen haben, das war ja nur beiläufig. Ich wollte nur dem Selbstgefühl, das bei den Liberalen den Ausdruck fand in der Rede des Herrn Abgeordneten Lasker: wir sprechen hier im Namen der Nation, wir vertreten die Nation, wir wissen, was die Nation will, ihr übrigen habt also still zu sein, die Nation will dies und das — einen kleinen Dämpfer aufsetzen, indem ich den Liberalen nachwies, daß sie 54,000 Stimmen verloren haben. Das werden auch die amtlichen Untersuchungen bestätigen in der Gesammtheit der Ziffern der Wahlen am 27. Oktober. Daß daneben die Freikonservativen ebenfalls verloren haben, thut mir außerordentlich leid, ändert aber nichts daran, daß die Liberalen in ihrer Gesammtheit auch verloren haben. Die deutsche Reichspartei hat in der Wahl von 1878 gehabt 785,000 Stimmen und in der Wahl vom 27. Oktober 347,000; sie ist also von 14 Proz. der Wählerzahl von 1878 auf 7 Proz. der Wählerzahl von 1881 zurückgegangen. Ja, meine Herren, das zeigt Ihnen nur, daß im parlamentarischen Leben die Mittelparteien auf der Defensive stehen, ja im Festungskrieg — denn was ist das parlamentarische Leben anders, als die Belagerung dieser Festung? (Heiterkeit) — sind die defensiven Parteien immer zuletzt im Verlust, wie bei jeder Festung von dem Ingenieur berechnet wird, wann sie wird kapituliren müssen, wann wir werden kapituliren müssen, — das ist nun glücklicherweise nicht der Fall — (Heiterkeit), aber das die Mittelparteien verlieren und die extremen gewinnen. Die Leitung der liberalen Partei gleitet immer mehr nach links herüber und wird noch mehr nach links gleiten; es wird sich immer noch Einer finden, der Herrn Richter noch überrichtert und der dann die Führung haben wird, weil er sozusagen auf der Bank noch einen höheren Sprung ausführt, und so werden Sie allmählich dem sehr nahe kommen, was Sie mit so vieler Entrüstung von sich weisen: der Lösung der Dinge, die wir in Frankreich schon mehr als einmal erlebt haben und der Sie, wie ich gestern aus Ihre

Entrüstung ersehen habe, unbewußt, aber unaufhaltsam zugleiten, der Lösung, die in Frankreich stattgefunden hat, weil die Mittelparteien allmählich ausgemerzt werden. Wenn z. B. die ganze parlamentarische Situation mehr nach rechts hinüberglitte, so wäre die größte Gefahr meines Erachtens, daß schließlich die Führung der extremen Rechten anheimfallen würde, wie wir das zu Zeiten auch schon gehabt haben, also etwa denjenigen Konservativen, die ich auch, wie ich gestern sagte, in die Liasformation verweisen muß, die in einem mir früher nicht bekannt gewesenen Blatte, ich glaube es heißt „Konservative Monatsschrift", unter der Leitung eines Verwandten des frühen Kreuzzeitungs-Redakteurs Nathusius ihr Wesen treibt. Auch die wird, wenn die Konservativen in einer kämpfenden Position wären, allmählich die Führung erlangen, als die extreme Partei, und deshalb ist es ein großer Schaden für die Zukunft des Reichs, für die Befestigung der Nation. Daß die beiden Mittelparteien, die freikonservative und die nationalliberale, soviel an ihrem Bestande verloren haben, so viel weiter nach links hin abgegeben haben, das kann ich als Reichskanzler und Patriot nur bedauern. Es mag sein, daß in der Zahl der Konservativen eine erhebliche Anzahl von Zentrumsstimmen mit einbegriffen ist, daß viele Gesinnungsgenossen des Zentrums für die Deutschkonservativen gestimmt haben. Aber ich möchte fragen — ich kenne die Transaktionen so genau nicht —, hat denn nicht auch eine erhebliche Anzahl Deutschkonservativer für die Zentrumskandidaten gestimmt? Es sind Transaktionen gemacht, die wahrscheinlich auf Gegenseitigkeit beruhen. Ich weiß nicht, wer besser dabei weggekommen ist, aber wahrscheinlich hätten die Transaktionen von einer Seite nicht stattgefunden, wenn diese Seite gefürchtet hätte, dabei zu kurz zu kommen. Es wird erlaubt sein, dies anzunehmen. Wenn der Herr Vorredner sagt, daß in den Stichwahlen manche Konservative für die Sozialdemokraten gestimmt hätten, so ist nach den statistischen Nachrichten von diesem Vorwurf jede Fraktion betroffen, keine ist ausgenommen, sie haben alle unter Umständen für Sozialdemokraten gestimmt, resp. die Stimmen für sich in Empfang genommen. (Zuruf.) Ich habe darüber Aktenstücke, die ich noch vervollständigen werde, über die Natur der Geschäfte, die dabei gemacht sind in bestimmten Lokalen. Wir werden darüber weiter sprechen können. Also die Wirkung meiner gestrigen Ausführungen in Bezug auf die Ziffernangabe ist auch durch den Herrn Vorredner nicht in die rechten Zweifel gestellt, aber ich nehme Akt davon und werde jede weitere Rede darauf hin wiederum kontroliren, daß er sich in dieser Rede lediglich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Die Debatte ist gewissermaßen in eine Unterhaltung über den Studiengang des Reichskanzlers verlaufen und Letzterer scheint mir Recht zu haben, wenn er eine größere Sachlichkeit empfiehlt. Wie aus der Aenderung seiner Ansichten einem Manne ein Vorwurf zu machen ist, verstehe ich nicht. Ist denn die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, nicht wesentlich durch die umgebenden Verhältnisse beeinflußt? Haben wir nicht gerade deshalb Wandel eintreten lassen, weil unsere Grenzen allein offen standen, während unsere Nachbaren die Zollschranken beständig vergrößerten? Wollen Sie (zur Linken) eine Aenderung unserer jetzigen Wirthschaftspolitik herbeiführen, so stellen Sie bestimmte Anträge. Wir werden dann sehen, wo die Majorität sein wird, — nicht bei Ihnen, dessen können Sie gewiß sein (Beifall rechts und im Zentrum. Den Anlaß zu dieser Diskussion gab eine Aeußerung Rickert's, der mit einem Male gefunden hat, daß für die „große liberale Partei" einige Stimmen zu wenig angegeben seien — eine Unrichtigkeit, deren Berichtigung er von einer Wahlstatistik erwartet. Ich theile den Wunsch Rickert's und bin dafür, daß ihm alle amtlichen Wahlziffern zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht beschäftigt ihn das eine Zeit lang. (Große Heiterkeit.) Ich persönlich wünsche nichts sehnlicher, als diese „große liberale Partei" — wenn schon mir eine charakteristische Unterscheidung der einzelnen Fraktionen noch nicht gelungen ist (Heiterkeit) —, weil dies wesentlich dazu beitragen würde, eine große konservative Partei zu schaffen und damit wahrscheinlich erreicht würde, wonach wir immer gestrebt haben, das Aufhören der kirchenpolitischen Streitigkeiten. Ihr Liberalismus ist bisher nur ein Scheinliberalismus gewesen. Sie verfolgten nichts Anderes als die Tendenz, alle Anderen unter Ihr Joch zu beugen und deshalb bekämpfen wir Sie. Ich bin viel liberaler, als der Abg. Rickert und die ganze Fortschrittspartei. Ich habe gelernt, daß ich auch andere Ansichten gelten lassen muß, daß ich auch andere Existenzen zu achten habe, daß der Staat nicht omnipotent ist, und es ursprüngliche Rechte giebt, auf deren Untergrabung Ihre Bestrebungen gerichtet sind. Ich kann deshalb zu meinem Bedauern den Wunsch des Herrn Rickert, ihn liberal zu nennen, nicht erfüllen. (Heiterkeit). Man hat von der Gutmüthigkeit der Zentrumsfraktion gesprochen, welche ihrerseits die Deutschkonservativen unterstützt habe. Die Thatsache selber ist richtig. In einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen sind meine Parteigenossen entschieden für die Konservativen eingetreten, was ich keineswegs bedauere; ich hätte nur gewünscht, daß die Konservativen uns gegenüber nach dem Grundsatze der Reziprozität verfahren hätten. Die Aufzählung unserer Wähler erschöpft die Summe unserer Anhänger nicht. In allen den Bezirken, wo unsere Wahl unzweifelhaft gewesen, war die Betheiligung naturgemäß eine schwächere. Um nicht mißverstanden zu werden, erwähne ich, daß wir in verschiedenen Fällen auch den Fortschritt unterstützt haben. Denn darin weiche ich vom Reichskanzler ab: Soweit es an mir liegt, sollen die Mittelparteien verschwinden. Klarheit ist für mich das erste Bedürfniß, und Mittelparteien sind unklar. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident v. Levetzow bittet die nachfolgenden Redner, sich nunmehr enger an den Gegenstand der Tagesordnung anzuschließen.

Abg. Hänel: Der Vorredner hat sich heute vorzugsweise an die liberale Partei gewandt, während er bisher seine Belehrungen stets an die Konservativen gerichtet hatte. Für das Zentrum mögen wir in der That nicht liberal sein, da dem Zentrum nur der liberal ist, der mit ihm geht. Von welchen Grundsätzen wird denn dieser „wahre Liberalismus" Windthorst's geleitet? Wenn in parlamentarischen Zirkeln irgendwo Diplomatie getrieben wird, so geschieht dies in den Reihen des Zentrums, das von Fall zu Fall es heute mit dem, morgen mit jenem hält. Während es noch gestern den Nationalliberalen zuwinkte, ersehnt es sich heute eine konservative Partei. Sind das Grundsätze? Sie sind heute nichts anderes als eine Partei der Taktik (Sehr wahr! im Zentrum), die es versteht, den entferntesten Zipfel der Debatte mit dem Kulturkampf zu verknüpfen. Mit welchen Mitteln operirt Ihre Partei in der bairischen Kammer selbst bei rein sachlichen Budgetdebatten gegen das Ministerium! Mittel, die wir in Preußen nie anwenden würden. Früher hat Windthorst uns zu locken versucht, als er hoffte, durch eine einseitige Parteirichtung seine Opposition gegen den Fürsten Reichskanzler verstärken zu können. Heute ist er gegen die Konservativen liebenswürdig. Das Zentrum kann ebensowenig wie eine andere Partei selbstständige Politik machen. Alles, was von jener Seite geschaffen werden kann, kann nur durch eine unnatürliche Koalition zu Stande kommen. Es giebt ein Interesse in der deutschen Nation, das Sie vernichten würde, wenn wir es aufrufen wollen: das ist das protestantische Bewußtsein. Die Klagen des Reichskanzlers über persönliche Angriffe unsererseits haben mich in Erstaunen gesetzt. Er selber ist es, der, ohne provozirt zu sein, Angriffe gegen die verschiedenen Parteien vom Zaune bricht. Wir vertheidigen uns nur. Hier heißt es: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Mit seiner Prophezeiung, wir würden von Extrem zu Extrem getrieben und schließlich die Republik zu begründen versuchen, hat der Reichskanzler entschieden Unglück gehabt; an ihr bewährt sich seine Genialität nicht. So lange es ein konstitutionelles System giebt, haben noch alle Feinde desselben es als ein republikanisches verdächtigt. Diesen Angriffen ist schon Stein ausgesetzt gewesen. Alle Parteien hat der Reichskanzler schon benutzt, um sie bald wieder zu verstoßen. Jetzt ist er gegen das Zentrum sehr höflich; es ist möglich, daß er dasselbe zu seinen Plänen benutzen wird; aber hat er es benutzt, dann heißt es auch hier: Weg mit ihm! Dieses succesive Ausspielen der verschiedenen Parteien verkennt vollständig den Kernpunkt des eigentlichen Konstitutionalismus, der darin besteht, die Regierung in ein organisches Verhältniß mit den großen Strömungen der Nation zu setzen. Gerade weil ich das Wesen des konstitutionellen Systems hochhalte, klage ich den Reichskanzler an, daß er es versucht, das Ohr des Monarchen anderen Parteirichtungen künstlich zu verschließen. Ich klage ihn an, daß er das Ohr des Monarchen uns, den wahrhaft Liberalen verschließt, indem er dieselben einer falschen Schätzung unterzieht und diese Schätzung sogar öffentlich in diplomatischen Aktenstücken vertritt. Wir haben so gut, wie jede andere Partei, ein Recht auf das Ohr des Monarchen, weil wir in der Treue gegen ihn hinter keiner zurückstehen. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der Herr Vorredner hat damit begonnen mir vorzuwerfen, daß ich mit meiner Ansicht, daß die Fortschrittspartei bewußt republikanischen Zielen entgegengleite, dieselbe irrthümliche Prophezeiung ausgesprochen habe, wie sie zu jeder Zeit, wo sich das, was er „wahres konstitutionelles Leben" nennt, entwickelt hatte, von Seite der Reaktion, des Absolutismus ausgesprochen sei. Ich bin weder Reaktionär noch Absolutist, ich halte den Absolutismus für eine ganz unmögliche Sache. Ich halte mich an unsere geschriebene Verfassung, die wir in Deutschland und in Preußen besitzen, die mir genügt, die aber von dem parlamentarischen System, wie es dem Herrn Vorredner vorschwebt, gar nicht spricht. Die preußische Verfassung behandelt die drei Faktoren der Gesetzgebung auf gleichem Fuß, nicht etwa die Regierung und die beiden Häuser, sondern den König und die beiden Häuser, und die Reichsverfassung giebt nicht der Reichsregierung, von der immer die Rede ist, sondern dem Kaiser ganz bestimmte Rechte. Die Politik, die da getrieben wird im Reiche, ist von mir als Reichskanzler zu verantworten, aber sie bleibt Politik des Kaisers; ich vertrete die Politik des Kaisers, bin verantwortlich dafür und der sachliche Kampf gegen die Politik des Kaisers wird mich immer bereit finden, diese Vertretung zur Wahrheit zu machen und die Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers zu übernehmen. Ihr Prinzip ist aber insofern nicht monarchisch, — das was der Herr Vorredner unter „wahrem Konstitutionalismus" versteht — als die erste Grundlage davon ist das kluge Wort, das die englische Aristokratie nach der großen Revolution um ihre Herrschaft zu befestigen, erfunden hat! Der König kann nicht Unrecht thun, — dann kann er gar nichts thun, wenn er nicht Unrecht thun will, — den König mundtodt zu machen, den König als eine Waffe für die Erhaltung der englischen Aristokratie in ihrem ganzen Umfang zu erhalten, ihn zu sequestriren, seine Beziehungen zum Volke in ihrer Gewalt zu haben, sie nicht zu stark werden zu lassen, sich möglichst zwischen König und Volk zu schieben, über seine Unterschrift zu disponiren, — denn die braucht das englische Volk; noch heute glaubt es nicht, wenn nicht Viktoria darunter steht. Die Unterschrift ist unentbehrlich. Das war vom Standpunkte der herrschsüchtigen Aristokratie eine weise Einrichtung, daß sie den König obsolet werden ließ. In England hat sich diese Tradition entwickeln können, bei uns aber ist es nicht möglich; wir unterscheiden uns von England dadurch, daß wir eine geschriebene Verfassung haben, die ganz klar die Rechte des Königs und Kaisers in Deutschland und Preußen, in Baiern und Sachsen, in Würtemberg und in allen übrigen Staaten definirt, und daran habe ich mich zu halten. Danach muß ich erklären, daß ich auf dem Standpunkt durchaus nicht stehe, als wenn der Kaiser selbst im deutschen Reich nicht zu seinem Volke zu sprechen hätte, nicht zur Nation. Daß ich mich mit meiner Namensunterschrift als verantwortlich einstelle, daß ich bereit bin, die Meinung, die der Kaiser ausspricht, zu vertreten, das ändert daran gar nichts, daß dies die berechtigte, verfassungsmäßige Aeußerung des Kaisers ist. Es heißt in der Verfassung: der Kaiser macht Anordnungen und Verfügungen, und darin besteht eben die kaiserliche Politik im Ganzen und für diese habe ich die Verantwortlichkeit zu tragen und trage sie gern, weil meine Ueberzeugungen mit der meines hohen Herrn durch langjähriges Zusammenleben und von Hause aus, schon auf dem vereinigten Landtag von 1847, wesentlich zusammenfielen. Es bedurfte für mich nicht einmal des Gefühls der Unterthanen gegenüber seinem hundertjährig angestammten Herrscher, um mich dem kaiserlichen Gedanken zu beugen. Das Verhältniß ist durch die Verfassung das, daß die Politik des Kaisers nicht ins Leben treten kann, wenn der Kanzler nicht durch seine Kontrasignatur die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, also entweder sein Einverständniß oder seine Bereitwilligung, sie zu vertreten, weil er es nicht für tanti hält, um deshalb dem kaiserlichen Willen zu widersprechen, dadurch dokumentirt. Wenn der Kaiser einen Kanzler hat, der das, was die kaiserliche Politik ist, nicht kontrasigniren will, so kann er ihn jeden Tag entlassen. Der Kaiser hat eine viel freiere Verfügung als der Kanzler, der von der Verfügung des Kaisers abhängig ist. Der Kanzler kann ohne die kaiserliche Genehmigung keinen Schritt thun und wenn er nach unseren dienstlichen Begriffen eine Art Prävarikation treiben wollte, eine Art Mißbrauch des Amts, indem er der Kenntniß des Kaisers etwas entzieht, um eine von der kaiserlichen unabhängige Politik zu üben, das würde bei uns dienstlich bis zu dem Grade gemißbilligt werden, daß es bei den strengen Ansichten des Kaisers vielleicht die Entlassung des Kanzlers nach sich ziehen würde. Also während der Kaiser eine freie Bewegung in der Politik hat, indem er den Kanzler wechseln kann und seine Autorität ihm gegenüber eintreten lassen kann, namentlich wenn der Kanzler etwa lebhaft an seinem Posten hängen sollte, kann der Kanzler auch nicht einen einzigen Schritt thun, kann ich hier keine Meinung vertreten, für die ich nicht des Einverständnisses Sr. Majestät sicher bin oder es vorher eingeholt habe. Ich kann keinen Antrag einbringen, für den ich nicht die kaiserliche Unterschrift habe; und wenn Sie glauben, daß diese Unterschrift leicht zu haben ist, so sind Sie in einem großem Irrthum. Ich vertrete die kaiserliche Politik und ich bin bei den vielen Aeußerungen, die über die kaiserliche Botschaft gefallen sind, nicht zum Wort gekommen, deshalb konstatire ich auch hier meine Ueberzeugung: es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im deutschen Reiche zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht, den Kaiser Wilhelm nach 20 Jahren unserer Geschichte mundtodt zu machen, das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Mann, der auf seine große Verantwortung die große Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Ueberzeugung zu haben und wenn er sie hat, sie auszusprechen; wie wollen Sie dem Könige verbieten, über die Geschicke des Landes eine eigene Meinung zu haben! Wenn das nicht der Fall wäre, so wäre es gleichgiltig, wer regierte. Wo kommt es denn in Preußen her, daß die Regierung des hochseligen Königs nach ganz anderen Prinzipien geleitet wurde als die des jetzigen, wenn nicht eine königliche, eine monarchische Politik der ganzen Sache erst den Trieb aufdrückte, und in demselben Sinne will ich gleich eine meiner Notizen antizipiren, die ich mir gemacht habe erst am Ende der Rede des Herrn Vorredners. Er sagt, der Monarch ist der feste Punkt. Nun, meine Herren, glauben Sie nicht, daß ich ihm diene? Ich diene dem Monarchen, dem festen Punkt, das ist das Motiv, was mich 1862 unter sehr schwierigen Verhältnissen, unter großen Bedrohungen meiner persönlichen Sicherheit, meines Vermögens — ich meine gesetzliche Bedrohungen — in den Dienst gezogen hat, daß ich sah, mein angestammter Herr brauchte einen Diener und fand ihn nicht, da habe ich gesagt: „hier bin ich". (Beifall rechts.) Ich fand Keinen, der es mir vormachen wollte und sehr wenige, die es mit mir haben durchmachen wollen. Es ist dasselbe Prinzip der angeborenen Unterthanen- und Vasallentreue und Dienstbereitschaft, die mich vor zwanzig Jahren bewogen, alle übrigen Rücksichten bei Seite zu lassen und dem König mich zu Diensten zu stellen. Das ist auch noch heute die Basis meiner Politik. Diese Gesinnung — ich hoffe nicht, daß sie mit mir ausstirbt, aber so lange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sicheren Diener des Kaisers geben. (Beifall rechts.) Der Herr Vorredner sagt, ich hätte dem Kaiser das Ohr verschlossen. Glauben Sie doch nicht, daß der Kaiser ein Mann ist, der sich die Ohren zuhalten läßt von einem Andern; der Kaiser kennt vollkommen die Gefahren, die ihm von der extremen Entwickelung des Liberalismus drohen, er ist zu alt und hat mit zu offenen Augen die 85 Jahre seines Lebens und deren Verhältnisse beobachtet. Wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß Sie das Ohr des Kaisers finden könnten, mit Gedanken, die ich für gefährlich halte für die Monarchie, so wäre es meine Pflicht, Sie daran nach Möglichkeit zu verhindern, ich glaube aber nicht, daß Sie das thun. Ich wüßte nicht, wie ich das anstellen könnte; sollte ich Sr. Majestät die Zeitung vorenthalten? Außerdem, meine Herren, Sie haben ja das große Sprachrohr hier, warum — wie der Abgeordnete Windthorst mit Recht sagte — anstatt meine Person zu kritisiren, stellen die Herren denn nicht Anträge öffentlich? Sie könnten eine Adresse an Se. Majestät beantragen, Sie könnten einen Antrag hier einbringen, der Kaiser möge diesen unheilvollen Kanzler, der seine Ohren dem Volke verschließt, entlassen. Ich will ihn mit Vergnügen befördern, will Einer der Herren eine Adresse einreichen, ich will sein Introdukteur sein, Sie sollen meiner Unterstützung nicht entbehren, wenn Sie glauben, daß der Kaiser die Wahrheit nicht erfährt. Ja, in der öffentlichen Presse, da macht sich das ganz schön, das Ohr des Kaisers, des Königs zu verschließen. Ich habe allerlei Reminiszenzen aus der Zeit der ersten verfassungsmäßigen, revolutionären Bewegungen im Jahre 1830 und 1848; da schwirrte es mir vor den Ohren, daß die Minister angeklagt wurden, daß sie dem Volke das Ohr des Monarchen verschlossen. Das sind Alles Dinge, die ich als Student erlebte; ich habe sie auch in späterer Zeit 1848 gehört. Meine Herren, das gehört in unsere Zeit wirklich nicht mehr, das sind unpraktische Worte, die keinen Werth haben (Heiterkeit), so lange Sie solche Anträge hier, wo Sie sind, nicht ausdrücklich stellen, die Ihrer Meinung Ausdruck geben. Der Kaiser liest die Verhandlungen, — da reden Sie doch davon nicht, daß ich dem Kaiser das Ohr verschließe; so weit reicht meine Macht nicht. Der Herr Vorredner erklärte diese Prophezeiungen des nach links Greifens in immer beschleunigterem Tempo, die früher wohl ausgesprochen sind, für falsch. Ja, dem Herrn Vorredner kann doch nach seiner Stellung zur Universität und zur Wissenschaft unmöglich unbekannt sein, wo diese Prophezeiungen sich auf das Glänzendste bewahrheitet haben: es sind die Girondins gewesen; überall haben sie die Ordnung schließlich fördern und entwickeln wollen in dem liberalen und humanen Sinne, wie dies dem Herrn Vorredner vorschweben mag, und sind schließlich immer über das Ziel hinausgeschossen. Es sind immer Leute gewesen, die sich beispielsweise auf einen Potsdamer Zug gesetzt haben, während sie nur bis Kohlhasenbrück wollten, denen der Schaffner sagt: der Zug hält da nicht, und sie sagen: er hat bisher da nicht gehalten, aber vielleicht wird er heute halten. So würden sie nicht nach Kohlhasenbrück gelangen, sondern nach Potsdam. So ist es hier: Sie gelangen weiter, als Sie wollen. So ging es in Frankreich. War dort nicht eine erbliche, solide erbaute Monarchie mit sehr verständigen Verfassungen, dem Ergebniß von 1789, mit allen möglichen Sorten der Monarchie, mit Restauration, mit Kaiserthum? Ist das nicht unaufhaltsam in die republikanische Bahn geglitten? Und haben Sie irgend welche Voraussicht, daß in nächster Zeit eine andere Monarchie wieder einschreiten werde? Und halten Sie das Untergehen einer erblichen angestammten Monarchie für das französische Land und Volk für ein Unglück? Ich weiß es nicht. In anderen Ländern haben wir das Experiment der Geschichte, ich möchte sagen, die konstante Praxis der Vorsehung nicht in gleichem Maße sich entwickeln sehen, weil die anderen Länder nicht so selbstständig und unbeeinflußt dastehen. Nehmen Sie unsere beiden kleinen Nachbarstaaten Belgien und Holland. Ja, wenn diese von der Größe Frankreichs wären in ihrer ganzen politischen Auffassung und Bewegung, dann weiß ich nicht, ob sie noch innerhalb des Stadiums der Monarchie sich befinden würden. Nehmen Sie Italien: haben wir da nicht die Republik vorübergehend theilweise — ich weiß nicht, ob in den Augen der Gesammtheit gehabt? Jedenfalls spukt sie in vielen Köpfen und man ist dort dem deutschen Fortschritt sehr weit voraus. Können Sie irgend welche Garantie für die Zukunft übernehmen, namentlich wenn Gott die Dynastie dort nicht erhält, die auf wenigen Augen steht, und daß die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner für falsch erklärt, sich dort nicht verwirklichen werden? Das ist unmöglich. Ist der Weg, den Italien seit 20 Jahren gegen dieses Ziel hin zurückgelegt hat, nicht erkennbar und ist nicht der Endpunkt — ich will nicht behaupten, daß es ihn erreicht — ist dieser Endpunkt nicht erkennbar? Ist dort nicht von Regierung zu Regierung der Schwerpunkt immer nach links geglitten, so daß er, ohne republikanisch zu werden, nicht weiter nach links gleiten kann. Haben Sie nicht in Spanien temporär die Republik gehabt, ja sogar verschiedener Arten, die sich unter einander bekämpften? Haben Sie denn nicht in Deutschland, sobald die Sachen sich selbst überlassen waren und so lange der preußische Militarismus dem nicht einen Damm entgegensetzte, haben Sie nicht in Baden zur Zeit von Struve und Hecker dieselbe Bereitwilligkeit gehabt, die Monarchie über Bord zu werfen und die Republik zu etabliren? Also so ganz windig und unberechtigt sind die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner in seinem Ton der sichersten Ueberzeugung als frivol und unhaltbar hinstellte, doch nicht. Die Geschichte spricht für mich. Die Doktrinäre der Wissenschaft haben sich gegen mich geäußert. Ich halte mich an die Geschichte. Und, meine Herren, über diese Dinge — ich kann Ihnen ja das nicht beweisen, ich bin auch nicht hier, um in die Beweisführung einzutreten, sondern um Zeugniß zu geben; ich lege Zeugniß für meine Meinung ab; ich bin ja auch in einer Stellung, wo ich beobachten kann, ich habe wenigstens in der auswärtigen Politik, wie Sie mir zugestanden haben, 20 Jahre lang den Beweis geliefert, daß meine Augen nicht ganz blind sind für die Eventualitäten, denen die Geschichte uns entgegenführen kann. Also mit dem Gewicht meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß meiner Ueberzeugung nach die Politik der Fortschrittspartei und der Republik langsam näher führt, — nicht die jetzigen Herren; ich bin weit entfernt, die Herren dessen zu beschuldigen; ich glaube, sie bleiben der Monarchie treu; ich kann nur sagen, es ist nicht die Art und Stellung, welche die Monarchie von ihren Ministern verlangt, die den Herren vorschwebt; aber ich zweifle ihren aufrichtigen Willen, die konstitutionelle Monarchie in ihren äußersten liberalen Grenzen zu verwirklichen, in keiner Weise an; ich glaube nur, Sie beherzigen die Lehren der Geschichte nicht, Sie drücken die Augen ihnen gegenüber zu, Sie sind nicht im Stande, die Maschine aufzuhalten, wenn sie da angekommen ist, wohin Sie sie geleitet haben. Der Weg wird abhängig und Sie sind nicht im Stande, der gewaltigen Last von 45 Millionen auf Kommando Halt zu gebieten, das können Sie nicht, es wird Sie überwältigen. Aber es wird vielleicht nicht sein, es würde vielleicht sein, ich spreche nur das Ergebniß meiner politischen Erfahrung und Beobachtung aus, dazu bin ich berechtigt, sie kann eine irrthümliche sein, aber es ist meine Ueberzeugung. Dann hat der Vorredner auch wieder ein Wort der Kritik meiner Persönlichkeit und meiner Bestrebungen gesprochen — es ist, wenn ich nicht irre, die Rede Nr. 4, die ich in meine Sammlung aufnehmen kann, indem er mich theoretisch anklagte, daß ich eine Diktatur anstrebte oder übte. Ich habe gestern schon gesagt, für Sie, meine Herren! ist Nichtherrschen immer schon Unterdrückung durch eine Diktatur, und wenn ich mich darauf beschränke, Vorlagen zu machen, die Ihnen nicht gefallen, heißt es Diktatur. Wenn ich von meiner Zunge denselben Gebrauch mache, wie Sie und meine Meinung auch vertheidige, welche der Ihrigen widerspricht, so heißt es Diktator. Das heißt doch mit anderen Worten: Wer nicht will, was wir wollen, ist ein Diktator, der alle freie Ueberzeugung unterdrückt, denn wir allein besitzen das Monopol der freien Ueberzeugung, und unsere Ueberzeugung nicht anerkennen, heißt: sich unserer Herrschaft nicht unterwerfen, das ist Diktatur. Ja, womit soll ich mich denn beschäftigen, wenn ich Ihnen Vorlagen mache? Das die immer gerade so beschaffen sein müssen, wie es Ihnen gefällt. Ich habe nämlich noch im kleineren Kreise eine Reminiszenz aus mei-

nem Leben erzählt, daß ein witziger alter Herr, der Baron Rothschild in Paris, von einem Geschäftsfreunde gefragt wurde: Herr Baron, was denken Sie über amerikanische Häute? Rothschild drehte sich um und sagte über die Schulter: Herr Meyer, was ist meine Meinung über amerikanische Häute? Soll ich nun vielleicht, wenn ich Steuervorlagen mache, fragen: Herr Bamberger, was ist vielleicht meine Ansicht über Zölle? Das können Sie nicht verlangen, ich kann nur meiner Meinung Ausdruck geben und wenn Sie einen Kanzler brauchen, der gar keine hat, ja, m. H.! Sie können ja die Entwicklung der Geschäfte zur vollständigen Stagnation bringen, Sie brauchen nur zu allem Nein zu sagen: gut, dann wird die Regierung sich auf die Vorlage des Budgets beschränken können und wenn wir das Budget vereinbart haben, werden wir nicht weiter zusammenkommen und lassen dem Reichstage Ruhe bis zum Februar 1883. Sie werden dann keinen Streit und nicht den Verdruß haben, daß ich vor Ihnen hier abweichende Meinungen entwickele. Ob das für die Entwicklung des Reiches nützlich ist, das überlasse ich Ihnen — meiner Gesundheit wird sie jedenfalls nützlich sein. Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich die großen Strömungen in der öffentlichen Meinung, in den Fraktionen nicht zu nützen müßte. Ja, m. H., ich sehe von diesen großen Strömungen nichts, ich sehe nur eine Masse von kleinen, eine große kann ich nur eine solche nennen, die das Maß einer Majorität überschreitet; ich sehe glaube ich, 8 oder 10 große oder kleinere Fraktionen. Sie haben da die Konservativen, die Freikonservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen, die Partei, die der Herr Abgeordnete Windthorst nicht liberal nennen wollte (Heiterkeit), den Fortschritt, dies sind sechs, Sie haben dann eine recht beträchtliche Zugabe noch, die bei diesen schwankenden Majoritäten die Zunge der Waage in der Hand halten, die Polen, das sind sieben; da sind die Elsässer, das sind 8. Sie haben das aufgehende Gestirn der Volkspartei, die könnte man sehr leicht als die neueste ansehen, und die Sozialdemokratie, die recht stark ist, da haben Sie die zehn. Wie soll ich denn diese nun pflegen? Der Anspruch steht mir wohl gegenüber und ich bin ja nicht kurzsichtig genug, um den nicht zu erkennen. Die stärkeren Fraktionen beanspruchen, ich solle ihnen nicht nur meine Person, sondern das kaiserliche Gewicht für ihre Fraktionszwecke zur Verfügung stellen, dann würden sie mit mir zusammen wirthschaften. Ja, wenn meine Ueberzeugung mit einer dieser Fraktionen vollständig zusammenfiele, dann würde ich mich gern der Fraktion anschließen und aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, vorausgesetzt, daß ich voraussehe, mit dieser Fraktion kann ich nun mein Jahrhundert in die Schranken fordern und das deutsche Reich befestigen, ausbilden und regieren. Wo ist denn aber die Fraktion, an deren Spitze, oder, wie Sie sagen würden, in deren Gefolge, ich dies leisten könnte. Zeigen Sie mir die und dann will ich Sie als große Strömung behandeln, ich würde sie studiren und mit ihr in Beziehung treten. Jetzt ist mir die schwierige Aufgabe zu Theil geworden, zwischen allein Parteien, die sich gegenseitig bis aufs Blut bekämpfen, zu balanciren und zu laviren. Ich habe schon 1847 im vereinigten Landtage einmal meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß das englische System der Majoritätsregierung ein ganz zweckmäßiges sei, so lange es nur Whigs und Tories, so lange es nur zwei Fraktionen giebt, die unter einander abzählen, wer die Majorität hat und sobald abgezählt ist, heißt es: „Ablösung vor". Ich habe damals gesagt, warten wir ab, bis wir nur zwei Parteien haben. Schon wenn Sie drei Parteien haben, ist das Rezept nicht mehr leicht durchführbar, wenn Sie aber fünf haben, wie sie eine Zeitlang bestanden, so wird es ganz unmöglich, dann sind nur Koalitionsministerien möglich. Solche Koalitionsregierungen sind schwach, bei uns liegt eine Nothwendigkeit nicht vor, eine Majorität zu bilden. Sie glauben vielleicht, — wenn ein liberales Ministerium an's Ruder käme und auflöste und mit dem ganzen Hochdruck des Einflusses, den die Herren besitzen auf die Neuwahlen einwirkten, daß dann eine volle große liberale Majorität entstehen würde. Es ist ja möglich. Aber die Herren sind darin im Irrthum: Wenn einige von Ihnen Minister wären, so würden sie zunächst den Widerstand derjenigen in ihrer Fraktion, die nicht Minister geworden sind, zu bekämpfen haben. Sie irren sich darüber, daß sie die Majorität — wenn Sie sie überhaupt erreichen, was ich nicht glaube — behalten würden. Diejenigen, die Minister geworden wären, würden sofort mit einer levis nota behaftet werden, die nach dem Begriffe eines deutschen Liberalen einem jeden Minister anklebt. (Unruhe links.) Sie würden die Kraft haben, eine ministerielle Partei à tout prix zu sein, Sie hätten die eigene Ueberzeugung aufzugeben; Byzantinismus, was ist da alles zu hören gewesen, das würde sofort in der eigenen Partei von Bruder zu Bruder geworfen werden. Die Meinung, daß ein Parteiführer glaubt, er könne seine Fraktion mit in die Regierung nehmen und sie werde ihn da unterstützen, ist eine ganz irrthümliche, und wer das glaubt, der kennt die Deutschen noch nicht einmal und mag er 80 Jahre alt sein. Ich habe darüber meine Erfahrung, da ich mit allen Fraktionen bei dieser Gelegenheit im Kampf gewesen bin. Wenn ich mit zehn Fraktionen und in den schwierigsten Verhältnissen, häufig mit Sturm und Wind so lange zu kämpfen gehabt habe und wenn ich da den Kampf mit zehn Fraktionen habe führen können, ohne daß es zu weiteren Zwistigkeiten als zum Auswechseln böser Worte gekommen ist, ja, meine Herren, das sollte man mir danken. Es war das eine sehr angreifende Arbeit. Diese hätte ich aber nicht leisten können, wenn ich mich einer Fraktion so zu Diensten hätte geben wollen, wie es ab und zu von der einen wie von der anderen beansprucht worden ist. Denn der Anschluß an die eine Fraktion involvirt ja immer den Bruch mit der andern und die Schmach, ministeriell zu sein, wird jedem vorgeworfen, und die findet ja auch an meinen besten und nächsten Freunden in der konservativen Partei, der mein eigener Bruder angehört und meine nächsten Verwandten angehören, den besten Anklang: Glaube doch nicht, daß wir ministeriell seien, eine solch' demüthigende Meinung von uns muß man nicht haben, wir sind unabhängige Leute, die eine eigene Meinung haben. Wo es für eine Schmach gilt, ministeriell zu sei, da ist eine konstitutionelle Regierung eine vollständige Unmöglichkeit. Ich habe viele Engländer gesprochen, die dem Parlamente angehörten, und die mir sagten in Bezug auf eine bestimmte Maßregel, ich halte diese Maßregel für thöricht, für gefährlich und für unglücklich, aber der Minister, der die Partei führt, hat es gewollt, er muß die Verantwortung dafür übernehmen, ich glaube, er begeht eine Thorheit. Ja, m. H.! zu dieser Entsagung werden Sie den deutschen Partikularismus, der sich in dynastische Länder, in Dörfer, wie in Städte, in Häuser, in Farben, in Personen zusammenfaßt oder Dorf gegen Dorf abschachtet, wo jeder in seiner stolzen Unabhängigkeit allein die Meinung sich nach seinem Kopf bildet, dazu werden Sie es bei uns nie bringen, und da glaube ich, daß wir nicht zu der Regierungsform, die Herrn Hänel vorschwebt, befähigt sind. Ich habe in allen diesen Kämpfen nur eine einzige Magnetnadel gehabt, die mich leitete. Das war das: was ich in jedem Falle für das Reichsinteresse erkannte, das habe ich vertreten, mochte die Fraktion, die ich dabei bekämpfen mußte, mir nahe stehen, oder nicht. Eine andere Aufgabe kann ich mir auch nicht stellen. Daß ich dabei meine Position habe wechseln müssen, war natürlich; das lag aber nicht an dem Wechsel meiner Ueberzeugung, sondern an der Ansicht, was unter so veränderten Umständen für das Reich zu thun sei. Die Versabilitäten auf Seite der Fraktionen sind alle sehr weit nach links geglitten, so daß sie mit dem, womit sie im Jahre 1866 noch zufrieden waren, heute nicht mehr zufrieden sind, sie verlangen heute weit mehr. Seitdem haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Sie haben den Punkt, wo ich mit Ihnen gehen konnte, überschritten und jetzt suche ich zu hemmen und zu halten. Es liegt also die Versabilität nicht an mir, sondern an den Fraktionen. Denken Sie zurück, was war früher Liberalismus? Zu den Zeiten, wo wir alle schon im Parlamente waren, da waren Fraktionen wie Camphausen und Beseler die sogenannten Altliberalen, schon der schärfste Ausdruck der Opposition, vor deren Blick jeder Minister, der zu den Höflingen der Majorität gehörte, den seinigen niederschlug. Wo ist die Herrlichkeit geblieben? Jetzt gelten sie für Reaktionäre, für einen überwundenen Standpunkt der ganzen liberalen Partei, und so werden hinter Ihnen immer wieder neue Größen auftauchen, die das, was Sie schließlich als Aeußerstes erreicht haben, als Ausgangspunkt für neue Bestrebungen betrachten. Das können Sie nicht ändern, und deshalb seien Sie doch mit dem Vorwurf, daß ich veränderlich in meiner Ueberzeugung wäre, etwas sparsamer. Es kommt mir das gerade so vor, als wenn man meinem verehrten Freunde, dem Grafen von Moltke, hier vorwerfen wollte: warum haben Sie nicht in der Schlacht von Sedan dasselbe Manöver wie in der Schlacht von Mars la Tour ausgeführt? Das ist auch eine Inkonsequenz, die man von einem so einsichtigen Strategiker nicht erwarte. Er wird sagen: der Fall lag eben anders, der Feind stand anders, er schoß mit anderem Material. So ist es auch bei mir, verlangen Sie von mir keine Konsequenzmacherei, sondern ich führe die Regierung nach meiner Ueberzeugung, die immer auf Seiten des Reichs und nie einer Fraktion stehen wird. (Beifall rechts).

Abg. v. Maltzahn (Gülz): Der Abg. Rickert hat die Vorlegung der amtlichen Statistik verlangt; vom Bundestisch wurde ihm darauf erwidert, dieselbe werde vorgelegt werden. Darauf hat der Abg. Rickert geantwortet: diese Statistik taugt nichts; also wieder die alte Geschichte: ich kenne die Vorlage der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie. Zunächst wollen wir doch abwarten, wie diese Statistik aussieht. Man hat uns das Zusammengehen mit dem Zentrum bei den Wahlen vorgeworfen. Hat denn die Fortschrittspartei etwas dagegen gehabt, daß die Sozialdemokraten für sie gestimmt haben? Daß meine Fraktion mit dem Zentrum zusammengehen muß, erkenne ich an. Kommen Sie uns doch nicht mit dem protestantischen Bewußtsein! Diejenigen unter Ihnen, welche meinem Auftreten in diesem Hause seit zehn Jahren einige Aufmerksamkeit geschenkt haben, werden mir zugestehen, daß ich meine Stellung als positiv-evangelischer Christ in diesem Hause noch nie verleugnet habe. Aber das will ich ganz ehrlich sagen, daß trotz meines protestantischen Bewußtseins, die Stellung des gläubigen Katholiken mir immer noch lieber ist als die Stellung der Herren da drüben, der Fortschrittspartei, die auf naturalistischem Standpunkte stehen. (Abg. Hänel: Woher wissen Sie denn das?)

Abg. Rittinghausen geht auf die Handelspolitik des Reichskanzlers näher ein, indem er betont, daß Frankreich, trotzdem sich Viele theoretisch für den Freihandel erklärt hätten, doch in der Praxis für den Schutzzoll entschieden habe und sich in Folge dessen eines großen Wohlstandes erfreue. Wenn Deutschland vom Freihandel zum Schutzzoll übergegangen sei, so sei er im Prinzip damit vollständig einverstanden, nur gefalle ihm nicht die Art und Weise, wie die Schutzzölle eingeführt seien. Redner erörtert darauf die sozialistischen Pläne des Reichskanzlers, namentlich die Unfall-Versicherung, die Alters- und Invalidenversorgung, welche dem ganz natürlichen Gedanken entsprangen, daß die Industrie für ihre sämmtlichen Produktionskosten aufkommen müsse, wozu außer dem Arbeitslohne auch die Entschädigung an den Arbeiter gehört für das, was er an seiner Gesundheit opfert.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Unsere heutige Debatte ist nicht verloren, denn auf allen Seiten war das Bedürfniß vorhanden, Klarheit in die Situation zu bringen, sowohl hinsichtlich des Verhältnisses der Fraktionen zu einander als auch bezüglich der Bundesregierung und des Herrn Reichskanzlers. Es war eine sehr bedenkliche Aeußerung des Abgeordneten Hänel, an das protestantische Bewußtsein zu appelliren, und ich möchte gleich von vornherein einem derartigen Losungswort entgegentreten. Wer aus unserer Partei ist jemals der protestantischen Kirche oder den Protestanten als solchen aggressiv entgegengetreten? Ich bin überzeut, keiner von Ihnen wird uns auch nur die geringste Thatsache nachweisen können, daß wir römische Katholiken jemals der protestantischen Kirche polemisch gegenübergetreten sind. (Rufe: Syllabus!) Habe ich etwa den Syllabus verfaßt? Ich bin überzeugt, es wird immer klarer werden, daß sich zwei große Parteien gegenüberstehen: die Partei, die auf Seiten des Kreuzes steht, und die Partei des Materialismus und Naturalismus oder des Atheismus. Ich hoffe, daß die Parteien nach dieser Seite sich mehr und mehr fest ineinandergliedern, und dann wird sich zeigen, wem der Sieg verbleibt. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Richter (Hagen): Der Gegensatz, den der letzte Herr Redner ausgespielt hat: für oder gegen das Kreuz übertrifft allerdings noch die Parole: für oder gegen den Kaiser. Wohin sollen wir kommen, wenn eine Partei sich hier als die besondere Vertreterin Gottes hinstellt. Wir unsererseits forschen nicht nach der religiösen Stellung des einzelnen Mitglieds, weil wir eine politische Partei und keine Religionspartei sind. Wir glauben der Achtung vor Gott und der Religion mehr zu dienen, indem wir sie nicht in politische Debatten ziehen. (Beifall links.) Diejenigen, die ihren Glauben immer auf den Lippen führen, sind oft nicht die besten Christen. „Du sollst den Namen deines Gottes nicht unnütz führen" steht auch geschrieben. (Beifall links, Zischen rechts). Mit diesem Gebot trete ich dem ersten Versuch entgegen, Gott und religiöse Ueberzeugung in die Debatte hineinzuziehen. Abgeordneter von Maltzahn spricht vom Schießen der Konservativen, machmal aber, wenn sie schießen sollen, haben sie nicht geladen (Heiterkeit) oder das Pulver ist ihnen naß geworden, wie es am vorigen Donnerstag der Fall war. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler meint, wir wollten verhindern, daß Kaiser Wilhelm zum Volke spreche. Nichts liegt uns mehr fern als dieses. Wir wollen verhindern, daß die Form der Botschaft als das Regierungsprogramm des Kanzlers mißbraucht wird zu einem Druck auf die freie Ueberzeugung der Wähler. Nur wenn die Wahlen eine freie Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, erfüllen sie ihren Zweck der freien Berathung des Kaisers in der Führung der Staatsgeschäfte. Der Kanzler hat heute wie früher die durch den Kaiser in früheren Thronreden empfohlene Handelspolitik heftig getadelt, deshalb machen wir ihm nicht zum Vorwurf, daß er gegen die Autorität des Kaisers verstoße. König Friedrich Wilhelm III. hat einmal beim Empfang einer ostpreußischen Deputation, zu der auch der Vater des Herrn von Saucken-Tarputschen gehörte, geäußert: er habe auch Auszeichnungen an die gerade verliehen, welche ihm mit Freimuth in gewissen Dingen entgegengetreten seien. Höher als diejenigen, die ihm nach dem Munde sprächen, achte er solche, welche ihm gegenüber ihre freie Ueberzeugung zum Ausdruck brächten, auch wenn der Inhalt derselben ihm unangenehm sein könne. Wenn so der absolutistische König Friedrich Wilhelm III. die Berechtigung der Opposition anerkannte, so haben wir keine Ursache zu glauben, daß der jetzige Kaiser anders in dieser Beziehung denkt. Wenn der Kanzler Aeußerungen macht wie heute, daß es oft schwer sei, die Unterschrift des Kaisers zu erlangen, so scheint mir dabei schon in bedenklicher Weise die Grenze überschritten, welche verbietet, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. (Sehr richtig! links). Wir verlangen vom Kanzler, daß er unsere Politik vor dem Kaiser nur mit Gründen und nicht mit allgemeinen Verdächtigungen des Republikanismus bekämpft, wodurch allerdings das Ohr des Monarchen unseren Vorschlägen verschlossen werden muß. Der Kanzler schildert die Republik als die Konsequenz des konstitutionellen Systems. Ist etwa die französische Bewegung von 1789 die Folge eines solchen gewesen? Nein, sie war die Folge gerade eines absolutistischen Regierungssystems (sehr wahr! links) und seiner für das Land verderblichen Richtung. Auch die heutige französische Republik ist nur die Folge des Napoleonismus und seiner zäsaristischen Wirthschaft. (Sehr richtig! links.) Napoleon ist daran zu Grunde gegangen, daß er nur seinen Willen als berechtigt anerkannte, nur sich als vom nationalen Bewußtsein erfüllt hinstellte, und indem er die Autorität des Kaiserthums in den Wahlkampf führte, seinen Willen durchzusetzen bestrebt war. Die Reaktion gegen die Uebertreibung des manarchischen Prinzips hat dort zur Republik geführt. Wer die Republik nicht will, soll sich insbesondere hüten die Wege des Napoleonismus zu beschreiten und seine Vorbilder aus Frankreich zu nehmen. Mit mehr Recht als aus dem Konstitutionalismus den Republikanismus zu folgern, kann ich behaupten, daß die jetzt beginnende deutsche Entwickelung zuletzt zu russischen Zuständen führen muß, zu einer Selbstherrschaft und Autokratie, welche das politische Verbrechen in der schlimmsten Art und die Revolution zur Folge haben muß. Der Kanzler beruft sich für seine verschiedenen Wandlungen auf die verschiedene Taktik des Feldmarschall v. Moltke in verschiedenen Schlachten. Gerade diese Berufung kennzeichnet seine innere Politik als eine solche, in der alles Taktik, Strategie, Machtfrage ist, während wir den Staat nach festen, materiellen Grundsätzen geleitet wissen wollen. Wieder hat der Kanzler heute dem Reichstag Fraktions- oder Cliquenwesen zum Vorwurf gemacht. Er selbst aber hat demselben Reichstag das beste Zeugniß ausgestellt, indem er an einer andern Stelle seiner Rede sagte: im Gegensatz zu England folgt ein deutscher Abgeordneter seinem Parteiführer nicht, wenn er dessen Vorschläge für verderblich hält. (Sehr wahr!) Der Kanzler fürchtet die Eifersucht der Fraktionsgenossen gegen die in Ministerstellen gehobenen Fraktionsführer. Wie klein ist diese Anschauung! Mögen untere Beamtenkreise glauben, Minister zu werden sei das schönste Ziel einer Laufbahn. Für politische Männer haben Ministerposten nichts Verlockendes, am wenigsten unter dem Kanzler selber. Hat früher jemand andere Anschauungen gehabt von der Ehre und dem Glück eines Ministers, der Kanzler hat selbst das meiste dazu beigetragen, diese Anschauung zu berichtigen. (Sehr wahr.) Auge um Auge, Zahn um Zahn, sagte Kollege Hänel. Besteht in Deutschland eine Gefahr für die Selbständigkeit der Krone, so kommt sie nicht von Uebermacht parlamentarischer Entwickelung, sondern von einer anderen Seite. Der Kanzler spricht von der freien Bewegung der Krone, welche es ihr gestatten müsse den Kanzler zu wechseln im Falle einer Meinungsverschiedenheit. Ist aber nicht das ganze Regierungssystem des Kanzlers, indem sich Alles immer mehr auf seine Person zuspitzt, nicht geeignet thatsächlich diese Freiheit der Krone einzuschränken? Die Krone muß den Fürsten Bismarck als Kanzler behalten, weil sein Regierungssystem jede andere Wahl unmöglich macht. Aber die Hohenzollern sind keine Merowinger; wenn wirklich dieses System herauswachsen sollte zu einem System des Hausmeierthums, so würden die Hohenzollern ein solches Hausmeierthum nicht aufkommen lassen. (Beifall.) Sucht man doch schon die kaiserliche Botschaft hinzustellen als Regierungsprogramm nicht nur des Kaisers, sondern der Dynastie. Berichtet die Kanzlerpresse doch unwidersprochen über eine Aeußerung des Kanzlers, welche er gegen einen Kreis von Abgeordneten gethan hat, dahingehend, daß auch der Kronprinz beim Regierungsantritt nicht umhin können werde, dieses Programm der Botschaft zu verwirklichen. Ich aber bin der Meinung, daß der Kronprinz als Hohenzoller sich nicht heute schon vorschreiben läßt, für welches Programm er eintreten wird, wenn er berufen wird, den Thron zu besteigen. Der Reichskanzler vermißt eine Mehrheit in diesem Hause. Entschiedene Mehrheiten sind gegen sein Unfallversicherungsprojekt und gegen das Tabaksmonopol. Warum respektirt er die Mehrheit nicht, so weit sie vorhanden ist. Ein positives Programm kann ausgeführt werden durch Reform der Haftpflicht, wenn der Kanzler nur zur Zeit verzichtet auf eine Umgestaltung des Versicherungswesens. Was der Kanzler Stagnation nennt, bezeichne ich als eine Ruhepause der Gesetzgebung. Allerdings würden große Wählerkreise eine solche willkommen heißen. (Sehr richtig! links.) Alle diese Kanzlerprojekte zur Umgestaltung des Wirthschaftslebens beunruhigen und belasten schwer das Erwerbs- und Geschäftslebens des Volkes. Wir würden nach der Krisis von 1873 uns gleich anderen Völkern schon mehr erholt haben, wenn nicht die Kanzlerprojekte immer wieder beunruhigten. Was wir dazu thun können, soll geschehen, um diese sogenannte Stagnation herbeizuführen und dem Geschäftsleben es wenigstens in Ruhe zu ermöglichen, die schweren Lasten aufzubringen, welche ihm die Politik des Kanzlers sonst auferlegt. (Beifall links.)

Abg. v. Minnigerode: Der Vorredner mag es verantworten, daß er die Person des Kronprinzen in die Debatte gezogen hat; mein Takt verbietet mir, ihm auf diesem Wege zu folgen. Dann hat der Abg. Richter uns und den Reichskanzler vor der Nachahmung französischer Vorbilder gewarnt; seien die Herren von der Fortschrittspartei doch vorsichtiger. Ihr ganzer wässeriger Konstitutionalismus ist ja nur ein französisches Vorbild. (Oho! Heiterkeit.) Dieser Konstitutionalismus ist nur ein Abguß von englischem Thee. (Oho! Heiterkeit.) Auch der Vorwurf, daß wir unseren kirchlichen Standpunkt hervorgekehrt hätten, ist ein unvorsichtiger. Herr Hänel gerade ist es gewesen, der an das protestantische Bewußtsein appellirt hat; von Ihrer Seite ist dieser Ton angeschlagen worden. Täuschen Sie sich doch nicht; das Schreckbild des zeitweiligen Zusammengehens einer politischen Partei mit dem Zentrum hat seine Wirkung verloren, und zwar auf Grund der thatsächlichen Erfahrungen. Ich gehe sogar für meine Person noch weiter und wünsche, daß manche Hemmnisse, die der Verwirklichung der Ziele des Zentrums noch entgegenstehen, bald beseitigt werden. Mein Freund v. Maltzahn hat ganz Recht. Es besteht ein bewußter kirchlicher Gegensatz zwischen uns und Ihnen; derselbe Gegensatz, der Sie auch vom Zentrum scheidet. Die politische Stellung läßt sich nun einmal nicht ganz von der kirchlichen Ueberzeugung trennen. Die Herren von der Fortschrittspartei scheinen ferner ganz verlernt zu haben, persönliche Kundgebungen des Kaisers zu vernehmen. Wir wollen einen lebendigen persönlichen Regenten, behalten Sie Ihren verwaschenen Konstitutionalismus, und Sie mögen es verantworten, wenn derselbe zur Republik führt. (Oho! links. Beifall rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Bei dem Tit. 10 (Entschädigung der Eisenbahnen für die Freikarten) nimmt das Wort

Abg. Mayer (Württemberg): Schon 1868, 69 und 70 haben Waldeck und Hoverbeck Anträge auf Einführung von Diäten für die Reichstagsmitglieder gestellt. Seit Bestehen der Verfassung haben Schulze und Genossen in jeder Session diesen Antrag wiederholt und mit steigender Stimmenmehrheit sei er jedesmal angenommen worden. Er nehme den Antrag wieder auf. Es sei ein Haupteinwand gewesen, daß man nicht so früh schon an der Verfassung ändern dürfe. Jetzt beantrage die Regierung selbst Abänderung der Verfassungs-Einrichtungen, Verlängerung z. B. von Legislatur- und Budgetperioden, was uns als eine Verkürzung von Volksrechten erscheinen würde. Jetzt beantrage die Regierung selbst einen Volkswirthschaftsrath und diesem wollen sie sogar Diäten verwilligen; dem Kind zweiter Ehe also, während das Kind erster Ehe, der Reichstag, stiefmütterlich behandelt werde. (Unterbrechung.) Frisch aus der Wählerschaft heraus könne er bezeugen, daß die Diäten ein Anliegen des Volkes seien, und der Reichstag möge endlich dafür sorgen, daß die Diätenlosigkeit aus der Welt geschafft werde.

Der Titel wird darauf genehmigt; ebenso der Rest des Etats für den Reichstag, sowie der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Wahl eines Schriftführers an Stelle des ausgeschiedenen Grafen Kleist; Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze und Fortsetzung der Etatsberathung.)

Aus dem Gerichtssaal.

△ **Posen**, 28. November. [Schwurgericht; Mord.] Heute wurde der Pantoffelmacher Dądajewski aus Rogasen von den Geschworenen des Mordes für schuldig erklärt und deshalb von dem Gerichtshofe zum Tode verurtheilt. (Ein näherer Bericht folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 30. November. Der Bundesrath überwies die Vorlage, betreffend die Ausführung des Anschlusses der Unter-

elbe an das deutsche Zollgebiet und der dadurch entstandenen Kosten an den dritten, vierten und siebenten Ausschuß zur Vorberathung.

München, 30. November. Die Augsburger „Allgem. Ztg." meldet: Die gerüchtweise in den Blättern verbreiteten Nachrichten über angeblich bevorstehende Personal-Veränderungen im Bestande des bairischen Gesammt-Ministeriums beruhen lediglich auf Kombination.

Baden-Baden, 29. November. Nach dem heute veröffentlichten Bulletin macht die Genesung des Großherzogs nicht unerhebliche Fortschritte. Der Appetit ist recht befriedigend. Der Großherzog kann reichlichere Kost gut vertragen. Nachts, und mitunter auch am Tage machen sich noch rheumatisch-neuralgische Schmerzen im linken Bein bemerkbar, welche indessen stets bald wieder verschwinden. Die Kräfte nehmen langsam, aber stetig zu. Der Großherzog konnte schon wiederholt des Nachmittags einige Stunden auf dem Ruhebette im Nebensalon zubringen.

Definitives Nachwahlresultat.

Wahlkr. Reg.-Bez. **Hessen.**

Worms. Abgegeben 12,345 Stimmen, davon für Prof. Dr. Marquardsen (natlib.) 7350, für Dr. Ebner (Fortschr.) 4946 St.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 30 November. (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 29.			Not. v. 29.
Weizen fest			**Spiritus** fest		
November	241 —	240 50	loco	49 80	50 10
April-Mai	224 50	223 —	November	51 —	51 —
Roggen fest			November-Dezember	50 70	50 60
November	192 25	193 50	Dezember-Januar	50 —	50 40
November-Dezember	184 75	184 50	April-Mai	51 60	51 50
April-Mai	172 —	171 50	**Hafer** —		
Rüböl ruhig			November	146 50	147 —
November-Dezember	56 —	56 —	Kündig. für Roggen	1500	—
April-Mai	57 50	57 50	Kündig. Spiritus	570000	290000

		Not. v. 29.			Not. v. 29.
Märkisch-Posen E.A	33 —	32 80	Ruff. Präm-Anl 1866	144 50	145 —
do. Stamm-Prior.	114 60	114 90	Pos. Provinz.-B.-A.	127 —	127 —
Berg.-Märk. E. Akt.	123 40	123 30	Ldwirthschftl. B.-A.	79 —	79 —
Oberschlesische E. A.	245 25	244 80	Posener Spritfabrik	58 80	58 75
Kronpr. Rudolf. E.A	72 25	72 10	Reichsbank . . .	150 60	150 90
Oesterr. Silberrente	66 75	66 75	Deutsche Bank Act.	161 60	162 25
Ungar. 5% Papierr.	77 30	77 40	Disk. Kommand.-A.	221 75	221 90
Russ. Egl. Anl. 1877	92 10	92 30	Königs-Laurahütte	126 —	126 —
" " " 1880	73 60	73 80	Dortmund. St.-Pr.	102 90	103 90
" zweite Oriental.	59 30	59 75	Posener 4% Pfandbr.	— —	— —
Russ. Bod.-Kr. Pfdb.	85 —	85 25			

Nachbörse: Franzosen 560 — Kredit 627 50 Lombarden 258 50

Galizier. Eisen. Akt.	132 50	131 10	Russische Banknoten	214 75	215 90
Pr. konsol. 4% Anl.	100 70	100 60	Russ. Engl. Anl. 1871	89 40	89 50
Posener Pfandbriefe	100 10	100 10	Poln. 5% Pfandbrf.	65 —	65 25
Posener Rentenbriefe	100 10	100 10	Poln. Liquid.-Pfdbr.	56 25	56 30
Oesterr. Banknoten	172 10	172 10	Oesterr. Kredit Akt.	626 50	628 50
Oesterr. Goldrente	80 90	80 90	Staatsbahn . . .	559 —	562 50
1860er Loose .	124 90	124 —	Lombarden . . .	258 50	259 50
Italiener	87 90	87 90	**Fondst.** ruhig		
Rumän. 6% Anl 1880	102 50	102 25			

Stettin, den 30. November. (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 29.			Not. v. 29.
Weizen fest	— —	— —	April-Mai	57 —	56 50
per	— —	— —	**Spiritus** flau		
November	238 —	236 50	loco	49 —	49 —
Frühjahr	224 —	223 —	November	50 —	50 20
Roggen geschäftsl.			November-Dezember	49 80	50 40
November	191 —	191 50	Frühjahr	50 80	51 50
November-Dezember	182 —	181 50	**Petroleum** —.		
Frühjahr	170 —	169 50	November	7 85	7 90
Rüböl geschäftslos			**Rübsen** —.	— —	— —
November	57 —	57 25	November	267 —	267 —

Börse zu Posen.

Posen, 30. November. [Amtlicher Börsenbericht.]

Roggen geschäftslos.

Spiritus (mit Faß). Gekündigt — Liter, Kündigungspreis 49,20, per November 49,60—49,50—49,30—48,30, per Dezember 48, per Jan. 47,80, per Febr. 48,20, per März 48,50, per April-Mai 49,10. — Loco ohne Faß 47,50, per November ohne Faß —,—.

Posen, 30. November. [Börsenbericht.]

Roggen ohne Handel.

Spiritus flau. Gekündigt —,— Liter. Kündigungspreis —, per Nov. 49,60—48,20 bez. Gd., per Dezember 48 bez. Br., per Jan. 47,80 bez. Br., per Februar 48,00 bez. Gd., per März 48,30 bez Br., per April-Mai 49,10 bez. Br. — Loco ohne Faß 47,50 bez. Br., per Nov. ohne Faß —,— bez. Gd.

Durchschnitts-Marktpreise nach Ermittelung der k. Polizei-Direktion Posen, den 30. November.

Gegenstand.			gute W. M.	gute W. Pf.	mittel W. M.	mittel W. Pf.	gering. W. M.	gering. W. Pf.	Mitte. M.	Mitte. Pf.
Weizen	höchster	pro	23	50	22	50	22	—	22	50
	niedrigster		23	—	22	25	21	75		
Roggen	höchster	100	—	—	17	80	17	25	17	39
	niedrigster		—	—	17	50	17	—		
Gerste	höchster	Kilo-	15	50	14	75	14	25	14	67
	niedrigster		15	—	14	50	14	—		
Hafer	höchster	gramm	—	—	15	25	14	75	14	88
	niedrigster		—	—	15	—	14	50		

Andere Artikel.

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.			höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf.
Stroh Richt-	pro 100 Kilo	7	50	6	50	7	—	Rindfl. v. d. Keule	pro 1 Kilo	1	40	1	—	1	20
Krumm-		—	—	—	—	—	—	Bauchfleisch		1	20	—	80	1	—
Heu		8	—	6	—	7	—	Schweinefl.		1	20	1	10	1	15
Erbsen		19	—	17	—	18	—	Hammelfl.		1	10	—	90	1	—
Linsen		—	—	—	—	—	—	Kalbfleisch		1	10	1	—	1	05
Bohnen		—	—	—	—	—	—	Butter		2	40	2	—	2	20
Kartoffeln		3	60	3	—	3	30	Eier pr. Schock		3	80	—	—	3	80

Marktbericht der kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 30. November.

		feine W.	mittl. W.	ordin. W.
Weizen	pro	23 M. 20 Pf.	21 M. 80 Pf.	20 M. 80 Pf.
Roggen	100	17 „ 70 „	17 „ 50 „	17 „ 30 „
Gerste		15 „ 80 „	15 „ 20 „	14 „ 80 „
Hafer	Kgr.	15 „ 50 „	15 „ — „	14 „ 60 „
Kartoffeln		3 „ 60 „	3 „ 40 „	3 „ 20 „

Marktkommission.

Wasserstand der Warthe.

„ „ 30. „ Morgens 1,64 „
„ „ 30. „ Mittags 1,64 „

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 29. November 1881.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Cons. Anl.	4½	105,50 bzB
do. neue 1876	4	100,60 G
Staats-Anleihe	4	100,50 G
Staats-Schuldsch.	3½	
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101,50 bzG
Berl. Stadt-Obl.	4	99,90 G
do. do.	3½	95,70 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,80 G
do.	4½	103,80 G
Landsch. Central	4	100,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do neue	3½	90,50 bz
do.	4	100,60 B
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,50 G
do.	4	99,75 bz
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	90,20 bz
do.	4	100,30 bz
do. I. B.	4	99,75 bz
do. II. Serie	4½	102,90 bz
Neuldsch. II. Serie	4	99,50 60 bz
do. do.	4½	103,10 G
Posensche, neue	4	100,10 bz
Sächsische	4	100,50 G
Pommersche	3½	90,00 bz
do.	4	100,50 B
do.	4½	101,50 B
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,60 B
Pommersche	4	100,10 G
Posensche	4	100,10 G
Preußische	4	100,00 G
Rhein- u. Westfäl.	4	100,40 G
Sächsische	4	100,20 bz
Schlesische	4	100,50 G
20-Frankstück.		16,18 G
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		13,93 50 bz
Engl. Banknoten		20,39 bzG
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		
Oesterr. Banknot.		172,15 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		215,90 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,00 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,50 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	312,75 bzG
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,90 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	213,00 G
Bair. Präm.-Anl.	4	135,50 B
Braunsch. 20 thl.-L.	—	101,40 bz
Brem. Anl. v. 1874	4	100,60 B
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	130,50 G
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,30 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,90 G
do. II Abth.	5	119,00 bzB
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	189,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,50 G
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,00 bz
Meininger Loose	—	27,40 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	121,00 B
Oldenburger Loose	3	150,00 G
D.-G.-C.-B-Pf. 110	4½	104,40 bz
do. do.	5	108,30 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,00 bzB
do. do.	4½	102,00 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 B
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	99,90 bz
Pomm Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	106,70 G
do. II. IV. 110	5	104,70 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	100,50 bz
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	115,00 G
do. do. 115	4½	107,75 bzB
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,00 bzG
do. do. rückz. 100	4½	108,00 B
do (1872 u. 74)	4	
do. (1872 u. 75)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	105,75 G
do. II. rckz. 100	5	100,20 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	103,10 G
do. do.	4½	105,50 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,25 G
do. do.	4½	103,25 bzG
Kruppsche Obligat.	5	109,75 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	
Oesterr. Goldrente	4	80,90 bzB
do. Pap.-Rente	4½	66,40 bzB
do. Silber-Rente	4½	66,75 bzG
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	347,50 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,00 bz
do. do. v. 1864	—	340,50 bzG
Ungar. Goldrente	6	102,70 bz
do. St.-Eisb.-Akt.	5	95,60 B
do. Loose	—	237,50 G
Italienische Rente	5	87,90 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	51,00 G
Russ. Centr.-Bod.	5	76,50 bz
do. Boden-Credit	5	85,20 bz
do Engl. A. 1822	5	89,20 bz
do. do. A. v. 1862	5	88,70 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	89,50 bz
do. do. 1872	5	89,50 bz
do. do. 1875	4½	80,40 bz
do. do. 1877	5	92,30 bzB
do. do. 1880	4	74,80 bzB
do. Pr.-A. v. 1864	5	148,00 B
do. do. v. 1866	5	145,00 bzB
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	86,40 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,70 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	65,20 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	56,30 bzG
Türk. Anl. v. 1865	—	13,50 G
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

***) Wechsel-Course.**

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,15 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,17 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,375 bz
do. do. 2 M.	20,19 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,80 bzB
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	80,65 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,05 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	171,80 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	170,90 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	214,25 bz
do. 100 R. 3 M.	211,75 bz
Warschau 100 R 8 T.	215,25 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5½, für Lombard 6½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	115,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	39,25 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	66,90 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	124,00 bzG
do. Kassen-Verein.	4	209,50 bzG
Breslauer Disk.-Bk.	4	100,75 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. I. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	90,00 G
Cöln. Wechslerbank	4	96,60 B
Danziger Privatb.	4	
Darmstädter Bank	4	167,75 bz
do. Zettelbank	4	110,50 G
Dessauer Creditb.	4	97,50 B
do. Landesbank	4	122,00 B
Deutsche Bank	4	162,25 bz
do. Genossensch.	4	133,25 bzG
do. Hyp.-Bank.	4	90,00 G
do. Reichsbank.	4½	150,90 bzB
Disconto-Comm.	4	221,90 bz
Geraer Bank	4	94,00 bzG
do. Handelsb.	4	94,20 bzG
Gothaer Privatbk.	4	116,00 B
do. Grundkredb.	4	97,50 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	98 25 G
Leipziger Creditb.	4	160,90 bz
do. Discontob.	4	117,00 bzG
Magdeb. Privatb.	4	116,25 G
Mecklb. Bodencred.	4	61,00 B
do. Hypoth.-B.	fr.	97,00 bzG
Meining. Creditbk.	4	102,00 B
do. Hypothekenbk.	4	94,00 bz
Niederlausitzer Bank	4	97,00 G
Norddeutsche Bank	4	188,50 G
Nordd. Grundkredit	4	50,00 B
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	103,70 bz
Posen. Landwirthsch	4	79,00 G
Posener Prov.-Bank		127,00 B
Posener Spritaktien	4	58,75 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	112,00 bzG
do. Centralbdn.	4	124,60 G
do. Hyp.-Spielh.	4	95,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	76,00 G
Sächsische Bank	4	125,75 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,25 G
Schles. Bankverein	4	112,40 G
Südd. Bodenkredit	4	142,10 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	195,00 B
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugef.	4	59,00 B
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	60,60 bzG
Dortmunder Union	4	16,50 bzG
Egells Masch.-Akt.	4	26,00 bz
Erdmannsd. Spinn.	4	28,50 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	77,25 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	135,10 bzG
Georg-Marienhütte	4	95,75 bz
Hibernia u. Shamr.	4	96,00 bz
Immobilien (Berl.)	4	
Kramsta, Leinen-F.	4	95,00 B
Lauchhammer	4	28,50 G
Laurahütte	4	126,00 bzB
Luise Tiefb.-Bergw.	4	49,75 G
Magdeburg. Bergw.	4	119,00 bzG
Marienhüt. Bergw.	4	
Menden u. Schw. B.	4	70,10 G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	43,50 bzG
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	84,50 bz
Phönix B.-A. Lit. B.	4	43,00 G
Redenhütte conf.	4	107,50 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	73,60 G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	26,25 bzG
Unter den Linden	4	8,60 bzG
Wöhlert Maschinen	4	35,00 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	46,70 bzB
Altona-Kiel	4	190,30 bzG
Bergisch-Märkische	4	123,30 bzB
Berlin-Anhalt	4	139,90 bzG
Berlin-Dresden	4	16,75 bzG
Berlin-Görlitz	4	31,60 bz
Berlin-Hamburg	4	294,50 G
Bresl.-Schw.-Frbg	4	99,25 B
Hall.-Sorau-Guben	4	17,60 bzB
Märkisch-Posener	4	32,80 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	27,60 bz
Obersch. Lit. A u. C.	3½	244,80 bzG
do. Lit. B.	3½	194,30 G
Ostpreuß. Südbahn	4	57,25 bz
Rechte Oderuferb.	4	165,25 bz
Rhein-Nahebahn	4	15,20 bz
Stargard-Posen	4½	102 90 bz
Thüringische	4	214,10 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	100,25 bz
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	110,60 G
Ludwigsh.-Bexbach	4	205,75 G
Mainz-Ludwigsh.	4	98,50 bzG
Weimar-Geraer	4½	50,50 bzG
Albrechtsbahn	5	36,75 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	141,75 bz
Aussig-Teplitz	4	
Böhm. Westbahn	5	135,75 bz
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	144,50 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	93,60 bz
Kais. Franz Joseph	5	83,60 B
Gal. (Karl Ludwig.)	5	133,10 bz
Gotthard-Bahn 90%	5	75,00 bzG
Kaschau-Oderberg	4	63,80 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,20 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	393,75 bz
do. Litt. B. Elb.	4	431,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	71,20 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	72,10 G
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	61,10 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	133,90 bzG
do. Südwestbahn	5	64,40 bz
Schweizer Unionb.	4	47,00 bz
Schweizer Westbahn	4	35,25 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	129,60 bz
Warschau-Wien	4	246,50 bzG

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	44 25 bzG
Berlin-Görlitzer	5	95 90 bz
Halle-Sorau-Gub.	5	79,20 bz
Märkisch-Posen	5	114,90 bz
Marienb.-Mlawka	5	103,50 bzG
Münster-Enschede	5	21,75 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	97,00 bz
Oberlausitzer	5	50,25 bzG
Oels-Gnesen	5	48,70 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	95,25 bzG
Posen-Creuzburg	5	68,50 G
Rechte Oderuf. Bahn	5	162,50 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	69,80 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	77,25 bzG
Weimar-Geraer	5	

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,25 G
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	88,00 bzG
do. C. do. abg.	5	125,25 bzG

Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,60 B
Rhein. St.A. abg.	6½	162,00 bzG
do. neue 4proc.	5	158,50 bzG
do. Lit. B. gar.	4	100,20 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	99,90 bzG
do. do. II.	5	99,90 bzG
do. do. III.	5	99,90 bzG
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	93,10 bzG
do. do. Litt. B.	3½	93,10 bzG
do. do. Litt. C.	3½	93,10 bzG
do. IV.	4½	102,60 G
do. V.	4½	102,60 G
do VI.	4½	103,50 G
do. VII.	4½	102,75 B
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	102,00 G
do. Nordb. Fr. W.	4½	102,30 G
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4½	
Berlin-Anhalt A.	4½	102,60 G
do. B.	4½	102,60 G
do. Litt. C.	4½	102,60 bzG
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	102,10 G
Berlin-Hamburg I.	4	100,40 bz
do. do. II	4	100,40 bz
do. do. III	4½	102,90 bz
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	100,30 bzG
do. do. C.	4	100,30 bzG
do. do. D.	4½	103,80 G
do. do. E.	4½	102,50 G
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	100,50 bz
do. do. III.	4	100,50 bz
do. IV. v. St. g.	4	100,50 bz
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	102,30 bzG
do. do. Litt. I.	4½	102,30 bzG
do. do. 1876	5	106,00 G
Cöln-Minden IV.	4	100,30 G
do. do. V.	4	100,50 G
do. do. VI.	4½	103,60 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,70 bz
do. do. C.	4½	103,70 bz
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,75 B
Mainz-Ludwigsh.	4½	102,25 G
do. do.	5	105,30 B
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,70 bz
do. do. de 1873	4½	102,70 bz
do. Leipz. A.	4½	104,50 G
do. do. B.	4	100,50 B
do. Wittenberge	4½	101,75 G
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	100,25 G
do. II. a 62½ thlr.	4	99,75 G
do. Obl. I. u. II.	4	
do. do. III conv.	4	100,00 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	94,00 B
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4½	103,50 G
Oberschles. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	104,50 B
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	99,60 G
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,60 G
do. v. 1862, 64	4½	102,75 G
do. v. 1865	4½	102,75 G
do. 1869, 71, 73	4½	102,70 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	
do. II. do.	4½	
Schleswiger	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	
do. V.	4½	
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,50 bzB
Gal. Karl-Ludwig I.	5	94,25 G
do. do. II.	5	94,25 G
do. do. III.	5	94,25 G
do. do. IV.	5	94,25 G
Lemberg-Czernow. I	5	81,20 G
do. II.	5	85,80 G
do. III.	5	81,90 G
do. IV.	5	81,30 G
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	47,70 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	379,25 G
do. Ergänzsb.	3	360,90 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,30 G
do. II. Em.	5	104,30 G
Oesterr. Nordwest.	5	88,25 bzB
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	86,90 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	81,80 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	84,50 bzG
do. do. 1869	5	84,00 G
do. do. 1872	5	84,00 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	95,00 bzG
Reichenb.-Pardubitz	5	84,50 G
Südösterr. (Lomb.)	3	280 20 bz
do. do. neue	3	280,00 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	100,50 bz
do. do. Oblig.	5	92,00 B
Brest-Grajewo	5	
Charkow-Asow g.	5	92,00 bzG
do. in Lstr. a 20	5	95,75 G
Chark.-Krementsch.	5	95,25 bz
Jelez-Orel, gar.	5	99 40 B
Koslow-Woron. gar	5	86,70 G
Koslow-Woron, Ob.	5	95,30 bzG
Kursk-Chark. gar.	5	86,75 B
K.-Chark-As. (Obl.)	5	100,25 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	83,60 G
Losowo-Sewast.	5	102,60 G
Mosko-Rjäsan, g.	5	97,30 bzG
Mosk.-Smolensk, g.	5	95,10 bz
Schuja-Jvanow.	5	98,00 bzB
Warsch.-Teresp., g.	5	98,50 bz
do. kleine, g.	5	103,90 bzG
Warschau-Wien II.	5	102,90 B
do. III.	5	101,80 bz
do. IV.	5	71,90 B
Zarskoe-Selo	5	

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. [E. Röstel] in Posen.